

# Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwesfche'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Intentionsgeschlehen für die fünfgepöthene Seite oder deren Raum für Halle u. Reg. St. Merseburg nur 15 St. sonst 18 St. Reclamen am Schluß des reaktionellen Heftes pro Seite 40 St.

Nummer 202.

Halle, Dienstag, 31. August 1886.

178. Jahrgang.

Halle, 30. August.

## Politische Mittheilungen.

Endlich bricht die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ihr Schweigen über die bulgarischen Dinge Sie schreibt:

Ein Theil der deutschen Presse gefallt sich darin, in leidenschaftlicher Weise für den Fürsten Alexander Partei zu ergreifen und den Versuch zu machen, die öffentliche Meinung für denselben zu gewinnen. Zu diesem Zweck wird behauptet, daß die „nationalen Empfindungen des deutschen Volks“ auf Seiten des vertriebenen Fürsten stehen, daß durch seine Enthronung deutsche Interessen berührt werden, daß dieselbe „ein russischer Faustschlag ins deutsche Antlitz“ sei und dergl. mehr. Wenn die Erben ihren König vertrieben hätten, so würde unserer Liberierung nach die Presse, welche sich heute in so überauswichtigen Worten des Fürsten Alexander annimmt, kein Wort der Sympathie gefunden haben. Die Enthronung des Königs Wilian würde die „Germania“, die „Freisinnige Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und dessen Freunde und Genossen kalt gelassen haben, trotzdem ein solches Ereigniß für Deutschland von Bedeutung gewesen wäre, weil Desterreich dadurch mehr berührt worden sein würde, während durch die Vorgänge in Bulgarien — wir haben das schon einmal hervorgehoben — andere Interessen nicht tangirt werden. Woher also diese plötzliche leidenschaftliche Erregung für den Fürsten Alexander? Fühlen Herr Eugen Richter und Herr Windthorst sich etwa verpflichtet, für die Aufrechterhaltung der bestehenden Verträge einzutreten? Dann ist es uns unbegreiflich, warum sie nicht vor einem Jahre beim Ausbruch der rümelischen Erhebung gegen jenen Vertragsbruch zu Felde gezogen sind. Ist es die Verehrung für die Person des Fürsten Alexander, welche die ultramontanen-freimüthigen Liga zu den in Rede stehenden Berzehrungen begeistert? Auch das scheint uns kaum glaublich. Selbst diese Herren sollten doch so viel Verständnis besitzen, daß sie ihr politisches Urtheil nicht lediglich nach persönlichen Schwärmerieen einrichten. Herr Windthorst und Herr Richter werden doch nicht umhin können, anzuerkennen, daß kein deutscher Staatsmann das Recht hat, unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland zu Gunsten eines Fürsten von Bulgarien zu opfern, und wäre derselbe auch ein Engel in Menschengestalt. Der ganze in Frage stehende Berzehrung ist um so unbegreiflicher, als diejenigen, die ihn führen, sich doch wohl darüber klar sein müssen, daß sie der Sache des Fürsten durch die Parteinahme nur schaden können. Wenn die „Germania“ und die „Freisinnige Zeitung“ dem Fürsten Alexander ihre Protection gewähren, so compromittiren sie denselben nothwendig in den Augen jeder deutschen Regierung. Nach dem Satz: Wem die Deine Freunde, und ich werde Dir sagen, wer Du bist, wird jeder deutsch-schätzende Mann aus einer solchen Protection den Schluß ziehen müssen, daß in der Person des Fürsten etwas das Deutsche Reich Bedrohendes liege, und also würden Herr Richter und Herr Windthorst, wenn sie wirklich der Vaterlandsliebe Sache näher wollen, wohl daran thun, zu schweigen. Jedenfalls läge es — nicht nur im Vaterland, sondern vor Allem in ihrem eigenen Interesse, daß sie derartige unfürsinnige Behauptungen vermeiden, wie die von dem russischen Faustschlag ins deutsche Antlitz. Nicht wir, sondern Rußland hat seiner Zeit den Prinzen Alexander zum Fürsten von Bulgarien gemacht; wäre seine Enthronung überhaupt ein Faustschlag, so müßte es ein gegen Rußland gerichteter sein. Wir wollen die Motive, welche den Ultramontanismus und den deutschen Freimüthigen bestimmen, nicht weiter untersuchen. Nur möchten wir noch konstatiren, daß die ganze in Rede stehende Erregung für jeden einigermaßen politisch angelegten Kopf etwas Unverständliches ist; sie erinnert an jenen Polen-Entzweiungsfall, von dem Deutschland vor 50 Jahren heimgeführt worden ist.“

Nicht alle liberalen und demokratischen Organe gebärden sich so übergeschnappt und hirtlos wie die „Freisinnige Liga“ nebst Genossen. Die „Voss. Ztg.“ z. B. bezieht die Lage der Dinge mit kühlerem Blute. Sie bringt aus Darmstadt eine Correspondenz, welche das Blatt der besonderen Aufmerksamkeit empfiehlt. Angesichts der thörichtlich erfolgten Rückkehr des Fürsten Alexander nach Sophia erscheinen diese Ausführungen besonders aktuell. Der Correspondent nimmt nämlich gerade jetzt eine Verständigung des Czars mit dem Fürsten in Aussicht. Man betrachte die bulgarische Politik Bismarck's als die Folge einer Zwangslage, in welcher Deutschland das erreichbare Gute that des unerreichen Besseren genommen. Somit sei man in Darmstadt nicht hoffnungslos bezüglich der Rückkehr des Fürsten, weil Bismarck ihm heute freundlicher, der Czars weniger feindlich gesinnt sein müße. Die „Vossische Zeitung“ kommt auf die früheren Gerüchte von einer direkten, mit Umgehung Deutschlands erfolgten Verständigung Desterreichs mit Rußland, betreffend die Balkan-Palänkel, zurück und meint, Deutschland konnte für die Hauptinteressen Desterreichs, England und die Worte nicht die Rastanten aus dem russischen Feuer holen. Dem Druck dieser Verhältnisse sei der Reichstag gewidmen und habe sich in Wien jenen Abmachungen angeschlossen. Schließlich empfiehlt das Blatt dem Fürsten Alexander, die Verständigung mit dem Czars zu suchen. Diese Verständigung scheint gleichsam in der publi-

cistischen Luft zu liegen; wenigstens bringt auch die Kreuzzeitung Nachrichten aus Bukarest, welche die Möglichkeit einer Annäherung des Czars und des Fürsten nähertricken. Danach steht auch eine Verständigung des Fürsten Alexander mit dem König Wilian in Aussicht, welcher erklärt haben soll, er wolle die Vergangenheit vergessen und werde dem Fürsten wenn möglich beistimmen.

Auch die „Nationalliberalen Correspondenz“ zeigt, daß sie im Stande ist, politisch zu denken. Sie sagt zur Beurtheilung der Lage u. a.: Wenn in den Auslassungen reinerenfreundlicher Blätter der populären Stimmung vielleicht nicht genug Rechnung getragen worden ist, so berichtigt doch noch nichts zu der Behauptung, daß in diesem Falle die deutsche Regierung die nationalen Empfindungen hinter eine übertriebene Connivenz gegen die russischen Wünsche habe zurücktreten lassen. Man kann diese Behauptung jetzt in allen Anonten in fortschrittlichen und clericalen Blättern lesen, die sonst für die nationale Bedeutung einer Frage nicht das geringste Verständnis oder nur offenen Spott haben. Die populären Strömungen kommen nicht selten in einen gewissen Conflict mit den Berechnungen der hohen Politik. Jene sind ihrer Natur nach Sache des Gemüths und der Empfindung, diese Sache des Verstandes und nüchternster Erwägung, bestimmt von Rücksichten und Motiven, die sich häufig der Kenntnis und der Beurtheilung durch die große Masse entziehen. Wer unter den heutigen gespannten Verhältnissen unseres Erdtheils die sorgfährige Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens trägt, wie unser Reichskanzler, kann wohl verlangen, daß ihm das Vertrauen nicht gleich entzogen wird, auch wenn einmal irgend ein Zug seiner Politik mit den wohlfeilen Schlagwörtern des Tages nicht im Einklang zu stehen scheint. Wenn es nach den fortschrittlichen Zeitungsjournalisten ginge, hätte Deutschland nicht Gütliches zu thun, als im Interesse zu wägen, die für Deutschland denn doch höchstens in zweiter oder dritter Linie liegenden, sich in einen Krieg mit Rußland, dem die französische Waffenbrüderschaft natürlich nicht fehlen würde, zu führen. Kein werthändiger Staatsmann der Welt kann nach einer solchen augenblicklichen Gefährdungsaussage grobe ernste Politik treiben. Im Uebrigen waris alle man doch nur ab, welche merkwürdige Wendung die bulgarischen Verwickelungen nehmen, ob in der That dabei deutsche Interessen oder auch nur die Interessen des Fürsten Alexander gefährdet werden, und ob wirklich die Politik des Reichskanzlers sich im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung Deutschlands befindet.“

Wie sich die Engländer, die nicht einen Finger rühren, um selbst etwas für öffentliche Moral und ihr Interesse zu thun, über Deutschland zu sprechen erlauben, ersieht man aus folgender Aeußerung des Standart, welcher die „Frank. Ztg.“ und die „Zeit. Ztg.“ Verbreitung geben: „Die Kaiser Europa's sowohl wie Fürst Alexander haben ein Recht zu fragen, ob die Mächte die Absicht haben oder nicht, den von ihnen selbst Erwählten zu schützen; sie müssen verlangen, daß man ihnen sage, wie es sich mit diesen heute behaupteten und morgen abgelehnten Kaiserallianzen thatsächlich verhält. Mössen wir daraus schließen, daß es keinen Frieden und keinen Treubruch gibt, den Rußland nicht wagen darf, ohne daß Desterreich und Deutschland ihn zurückweisen und abnden? Wenn das deutsche Reich dazu geneigt wäre, nächtliche Raubzüge, die Entführung deutscher Prinzen und die Entehrung deutscher Unterschriften zu erlauben, weil die betreffenden Spürken Agenten des Zaren sind, dann würde Europa einermgemaß seine Hochachtung mobilisiren, die es vor Deutschland und dem Fürsten Bismarck schon so viele Jahre gehabt hat.“

Fürst Alexander in Lemberg. In Lemberg fand am Sonnabend Abend eine großartige Sympathiefeierung für den Fürsten Alexander statt. Als der Fackelzug vor seinem Hotel hielt, erschien der Fürst mit seinem Bruder, dem Baron Niedeckel und dem Hofprediger Koch auf dem Balkon. Eine lautlose Stille trat ein, als der Fürst ein Zeichen gab, daß er sprechen wolle. „Ich verstehe wohl“, sagte Fürst Alexander, „warum Ihr mir heute Eure Anerkennung zollt und mich so herzlich begrüßt. Ihr ehret in mir den Soldaten, der sein Vaterland verteidigen wollte und es verteidigte!“ Unendliche Hochrufe. Da der Befehlssturm nicht aufhören wollte, erschien Fürst Alexander neuerlich auf dem Balkon und sagte: „Empfangen meinen besten Dank für Eure Herzlichkeit und Euer Wohlwollen! Ich werde es nie vergessen. Seid versichert, daß ich für Euer Volk und Eure Nation wohl, woher Sympathie empfinde und für immer im Herzen bewahren werde.“ Stürmischer Beifall. Die Menge ging nur langsam auseinander, doch erschienen immer neue Massen, welche Ovationen darbrachten. Als Fürst Alexander zum commandirenden General, Herzog von Württemberg, fuhr, war er der Gegenstand neuer Jubelkumgebungen. Für die Nacht war die Ankunft eines bulgarischen Deputation angelegt. Vor seiner Abfahrt von Lemberg consultirte Fürst Alexander den bishigen Arzt Dr. Dopfner. Der Fürst erhielt während seines hiesigen Aufenthaltes einige hundert Depeschen und expedirte deren ebensoviele nach Wien,

Berlin, London, Franzensbad, Darmstadt, Breslau, Bukarest und nach verschiedenen Städten Bulgariens. Baron Niedeckel dankte im Namen des Fürsten für den herzlichen Empfang seitens der Einwohnerchaft Lembergs, welchen der Fürst stets in dankbarer Erinnerung behalten werde.

Russische Attentate. Rückfichtlich der russischen Antheilnahme an allen Verschwörungen gegen den Fürsten Alexander werden dem Correspondenten des „Berl. Tageblattes“ in Lemberg von einer dem Fürsten nahestehenden Seite folgende zwei Vorfälle mitgeteilt: Schon vor drei Jahren unternahm die russischen Generale Sobolew und Kaulbars, letzterer damals Kriegsmiister, genau denselben Staatsstreich gegen den Fürsten, wie das mißglückte Attentat von Burgas und die letzte Verschwörung. Rasch um 2 Uhr — es war im Mai 1883 — brangen Sobolew und Kaulbars mit anderen Offizieren persönlich in das Palais. Der Handstreich scheiterte damals an dem entschlossenen müthigen Auftreten des derzeitigen Ordonomas, Alexej Marinow, desselben, welcher bei Simonja den Heldenstarb. Marinow verweigerte den beiden Generalen den verlangten Zutritt zum Fürsten und drohte, mit der Wache von den Woffen Gebrauch zu machen. Auf dem Schloßhof fanden unterdessen zwei Wagen zur Entführung des Fürsten bereit. Sobolew und Kaulbars wurden bekanntlich 1883 aus diesen bisher dem großen Publikum unbekanntem Gründen Bulgarien verbannt.

Das zweite Faktum ist das folgende: Der Offizier, welcher den Fürsten auf der Entführungsfahrt von Sofia bis zur Donau begleitete, wurde gegen das Ende der Fahrt reiselockig und prahlte mit seiner russischen Gesinnung z. Dabei erzählte er, daß der russische Militärbevollmächtigte in Sofia, Oberst Sacharow, schon vor fünf Monaten, also zu der Zeit, in welcher die Konferenz noch tagte, alle an dem letzten Staatsstreich beteiligten Offiziere bei sich versammelt habe. Bei der ersten Zusammenkunft erklärte Sacharow, wenn die bulgarische Armee dem Fürsten wegsage, würden alle Offiziere sich sehr gut dabei stehen. Allerdings müßten nach dem Fortgang des Fürsten sämtliche höhere Offiziere, wie früher, wieder Russen sein; aber um ihnen zu beweisen, wie sehr dem Czaren ihre Interessen am Herzen liegen, gebe er (Sacharow) ihnen das feierliche Versprechen im Namen des Czars, daß alle Brigadecommandeure russischer Infanterie pensionirt werden würden, alle Stabsoffiziere, die solcher Weise ihren Posten verließen, würden dieselben Anstellungen in der russischen Armee erhalten.

Angesichts dieser Enthüllungen, welche, wie ich nochmals betone, von höchster Seite stammen, muß das soeben bekannt gewordene (allerdings apocryphe) Rumorschreiben des Herrn v. Giers wahre Beachtung hervorbringen.

Aus Belgrad wird dem „Pester Lloyd“ gemeldet, daß die Wendung in der bulgarischen Angelegenheit einen tiefen freudigen Eindruck am kaiserlichen Hofe gemacht habe. König Wilian habe sich gestern folgendermaßen geäußert: „Wenn Alexander zurückkehrt, fahre ich ungenirt nach Griedenberg. Sollten die Großmächte den Freier begehren, Alexander zu opfern, so würde ich diese Politik nicht vertreiben! Alexanders Rückkehr wäre der härteste Schlag für die Abenteurer und professionsmäßigen Revolutionäre, die den Balkan neuerdings unsicher machen. Ich aber möchte für mich und mein Volk Frieden und Unabhängigkeit von aller Welt. Ich wünsche Alexander im Triumph in Sofia einzuziehen zu sehen trotz des Krieges und unterer früheren Mißthätigkeiten.“

König Carl von Rumänien hat zuerst dem Vater des Fürsten Alexander nach Augenheim die Ankunft des Fürsten Alexander in Wien gemeldet.

Aus Anlaß der bulgarischen Ereignisse findet zwischen den Kabinetten Rom, Wien, Berlin und London ein lebhafter Depeschenwechsel statt, in welchem die Uebereinstimmung der Mächte und der feste Wille, den Frieden zu erhalten, zu Tage tritt.

Die bulgarischen Donaustädte haben nach Telegrammen der Wiener Blätter aus Bukarest, aus Anlaß des Gerüchtes, daß Fürst Alexander auf der Donau nach Bulgarien zurückkehre, festlich beleuchtet. Das Gerücht erwies sich als von der neuen Regierung zu dem Zwecke in Umlauf gesetzt, um den durch die Revolution gestunten Muth der Bevölkerung zu heben und die Aufregung über das Schicksal des Fürsten zu beschwichtigen.

Der bulgarische Oberbefehlshaber, General Marlow, ordnete an, daß den beurlaubten russischen Offizieren der Eintritt in Bulgarien und in die bulgarische Armee verweigert werde. Telegramm des „Münchener Fremdenblattes“ aus Bukarest.

Die Nachricht von der Enthronung des Fürsten von Bulgarien ist, wie dem „Hann. Cour.“ geschrieben wird, den Wiener Zeitungslesern 20 Stunden später bekannt geworden, als in Deutschland. Das Anspruchsamt empfangt die erste Nachricht von dem Ereignissen in Sofia aus Gastein — von dem Fürsten Bismarck.

Aus Budapest wird gemeldet, daß die Grafen Eugen Zichy, Ladislaus Karolyi, Elemar Batthyanyi, Sigismund Ledrich, heute nach Sofia reisen, um beim Empfang als Vertreter der Ungarn zugegen zu sein.

Die Rückreise des Fürsten Alexander nach Bulgarien erfolgte, nachdem derselbe in Lemberg über die

wirkliche Stimmung des ganzen bulgarischen Volkes genügend unterrichtet worden war. (Frankf. Ztg.)

Fürst Alexander, so wird der „Köln. Ztg.“ aus Lemberg telegraphisch, erhielt von den Großmächten keinerlei Zustimmung zu seiner Rückreise, doch ist wohl anzunehmen, daß ihm nicht geradezu abgerathen wurde.

Die deutsche Reichsregierung ist bis zum 28. von den Entschlüssen des Fürsten Alexander nicht verständigt worden. Die Berliner Hoffreise sahen mit Spannung dieser Entscheidung entgegen, doch scheinen sie die Rückkehr des Fürsten nach Bulgarien erwartet zu haben.

Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Bukarest u. A. berichtet: „Daß Rußland an der unteren Donau Vorkehrungen zur Ueberziehung eines Heeres nach der Dobrußa in aller Eile vorbereitet hat und daß in der Nähe des Donau-Deltas Ponton-Material genug aufgeschichtet liegt, um selbst größeren Heeresmassen die Ueberziehung des Stromes in kürzester Zeit zu gestatten, ist öffentliches Geheimnis. Dagegen entbehren die berücht. vor einiger Zeit ausgetauften Nachrichten, daß Rußland mit Rumänien wegen des Durchganges russischer Truppen durch die Dobrußa in Verhandlung getreten sei, der Begründung. Rumänien würde auch eine solche Erlaubnis niemals geben, es wäre denn in Folge eines Rußland ertheilten europäischen Mandats.“

Die „Moskowski Wjedomosti“ brachten am 27. die „Nowoje Wremja“ am 28. Artikel, welche sich dahin äußern, daß bei der nummernreichen Schlage die Okkupation unvermeidlich sei.

Der Prinz von Wales soll nach einem Telegramm des „Berl. Tageblatt“ aus Frankfurt a. M. mit dem Prinzen Ludwig von Battenberg, bevor derselbe nach Lemberg reiste, in Homburg eine längere Konferenz gehabt und demselben die sofortige Rückkehr des Fürsten nach Bulgarien angerathen haben.

Der Darmstädter englische Gesandte hatte am 28. Morgens eine längere Unterredung mit Prinz Alexander. Wozu weite der Großherzog von Hessen beim Prinzen.

In Sofia rüdten 6000 Mann Militär unter den Anführern „Graf Alexander, der Befreier Bulgariens“ ein. Aus Widin wird gemeldet: Alexander Bulgarians wollten, falls der Fürst nicht zurückkehrt, die bulgarische Republik proklamieren.

Auf telegraphisches Verlangen der „N. Fr. Pr.“ einige Details über den Verlauf der Revolution in Sofia mitzutheilen, erwiderte Hofprediger Koch: „Denken Sie sich zu den bekannten Vorgängen der Höhezeit betrunkener Offiziere und Soldaten noch die schamlose Unkeuschheit betrunkener Bulgaren, denken Sie sich dazu den Haß von Soldaten brauchen abgebenen Salvenfeuers und von Kanonenschüssen, so braucht die Phantasie der Leser wohl keine Details mehr.“

Nach einer Meldung des „Wiener Tageblatt“ aus Belgrad ist Prinz Peter Karageorgewitsch vom Baren telegraphisch nach Petersburg berufen. Derselbe, welche Prinz Ludwig am 28. früh aus Deutschland brachte, veranlassen den Beschluß des Fürsten, nach Bulgarien zurückzukehren.

Es war das Gerücht verbreitet, sagt der Berichtserfasser des „Berl. Ztbl.“, der Fürst habe von Franzosen aus einen Hint, zurückzutreten, bekommen. Dem entgegen muß ich betonen, daß der Fürst lediglich dem eigenen Entschlusse folgte. Wenn er mithin den Kampf gegen den Baren wieder aufgenommen, so ist ihm der Umstand günstig, daß die Wälder der Gasteiner Abmachung auf der Verbindung beruht, daß Rußland unter seiner Bedingung in Bulgarien einrückte. Der Jar soll außer sich sein, was nichts an der Thatfache ändert, daß Rußland mit der Anstiftung des Staatsstreiches als sein Vater verurtheilt hat, es sei denn, es wolle die Gasteiner bezw. die Peterhofer Abmachungen brechen.

Die Entscheidung des Fürsten Dolgorucki nach Bulgarien, um Ordnung zu schaffen beruht nach der „Kölnischen Zeitung“ den Knotenpunkt der Lage. „Es kommt darauf an, das neugegründete Fürstenthum des Battenbergers mit dem Wünsche Rußlands, seine Interessen in Bulgarien zu wahren, irgend wie zu verbinden. Erfolgt dieser Ausgleich nicht, so ist lediglich ein neuer, besser vorbereiteter Handstreich zu gewärtigen, trotz aller Sympathien der englischen und etlicher deutscher Mächte. Es wird Aufgabe der Diplomatie sein, hier einen Mittelweg zu finden.“

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Berlin berichtet: Die Thatfache, daß der deutsche Kaiser „Voreley“ donauaufwärts kommend vor Wien und dann vor Galatz, bezw. Tultscha (Rumänien) erschien, hat in Rumänien eine unverdiente Bedeutung erhalten. Wie in Deutschland längst bekannt ist, hat die „Voreley“ planmäßig in Galatz die Befragung zu westen und ihre Reise steht mit anderen Ereignissen in keiner Verbindung. (Am 28. August sollte sie ihre Rückfahrt nach ihrem gewöhnlichen Stationsorte vor Konstantinopel antreten.)

Man fand bei Brzew und Benderow, die nun im Widinier Gefängnis sitzen, große Beträge von Imperials und Rubelstücken.

Die „Kreuzzeitung“ läßt sich aus Bukarest melden, man glaube in bulgarischen Kreisen, daß sich jetzt eher eine Annäherung zwischen dem Baren und dem Fürsten Alexander möglich sein würde, als es bisher der Fall gewesen.

Die Haltung des Fürsten Bismarck in der bulgarischen Affäre, sagt ein französisches Blatt, bekräftigt aufs Deutlichste die Friedensliebe desselben. „Allo Bismarck will den Frieden und hat ihn seit 1870 stets gemollt; das ändert die Sache und nötigt zu allen möglichen Conjecturen über die Zukunft!“ Es sei nunmehr auch Frankreich möglich, Deutschland näher zu kommen.

„Staatslich mag die übertriebene Sympathie mit Bulgarien wirklich nicht sein — die Autorität des Fürsten Bismarck ist ja hierfür maßgebend genug — sagt selbst der Berliner Wjedomosti.“

Wir kennen das Ergebnis der Franzosenbader Verhandlung nicht, doch glauben wir nicht zu irren, daß dem Fürsten von Bulgarien für eine nahe Zukunft noch eine persönliche, wie hinsichtlich Orameliens eine politische Ertrungenschaft zugebacht ist, die ihm das Vertrauen der

großen Mächte — selbst der weisse Czar wird sich flückerweise nicht ausschließen können, in besonderer Weise zu erkennen geben und ihm in dem friedlichen Wettstreit mit den benachbarten Königreichen an der unteren Donau auch einen besonderen Ansporn verleihen möchte. Den Stolz auf die Verdienste und Erfolge unseres näheren Reichstanzlers, der seinem Ruhmesstrange als „ehelicher Walter“ ein neues glänzendes Blatt hinzugefügt hat“, so schreibt das Frankfurter Blatt, das sich über die ganze Lage sehr gut informiert gezeigt hat.

Des Reichstanzlers Aufenthalt in der Reichshauptstadt wird nach der Nat.-Ztg. nicht nur den großen schwebenden Fragen der auswärtigen Politik gewidmet sein, sondern man wird während dieser Zeit auch die Entscheidung über einige im Vordergrund stehende Fragen der inneren Reichspolitik erwarten dürfen. Insbesondere dürfte in den großen Hägen das Arbeitspensum für die bevorstehende Reichstagsession und wohl auch schon der ungefähre Termin der Berufung jetzt festgestellt werden. Man wird namentlich erwarten dürfen, daß jetzt die Richtung bestimmt wird, in welcher die Reform der Brannntweinsteuerung wieder aufgenommen werden soll; an die Vorarbeiten hierzu muß nachgerade Hand angelegt werden.

Zwei Wahlen zum deutschen Reichstag haben vor einigen Tagen lebhaftere Erörterungen hervorgerufen. Der Wahlkreis des Herzogthums Saxe-Weimar durch Beförderung des Grafen Heribert Bismarck zum Staatssekretär frei geworden. Da Graf Bismarck eine Wiederwahl entschieden ablehnte, mußte eine Neuwahl ausgeschrieben werden. Die Konventionen stellten den Grafen Bernsdorff auf; die Fortschrittler, die vor der Wahl des Grafen Bismarck den Wahlkreis inne gehabt, den am letzten Male unterlegenen Richter Berlin. Die Sozialdemokraten, für die zuletzt nur 54 Stimmen abgegeben worden waren, waren sich mit bekanntem Ungestüm auf die Kandidatur und brachten es auf 665 Stimmen, womit sie noch um über 100 zurückbleiben gegen eine frühere einmal abgegebene Stimmenzahl. Es muß nun, da keine absolute Mehrheit erzielt wurde, eine Stichwahl stattfinden. Die Sozialdemokraten werden wie gewöhnlich für ihre fortschrittlichen Freunde stimmen und so den Sieg des Konventionen hintertreiben. Die Schuld seiner Niederlage trübe jedoch wesentlich die Nationalliberalen mit. Diese wurden Anfangs gegen den Grafen Bernsdorff aufgebracht, weil derselbe ein ungläubiger Christ ist; die nationalliberale Presse bezeichnete den Wunsch, ihre Partei möge für den Grafen Bernsdorff stimmen, als eine „unwürdigste Zumuthung“. Später sahen sie ein, daß sie nur die Geschäfte der Fortschrittspartei besorgen, ihre Presse ermahnte sie nun im Gegentheil, für den Konventionen zu stimmen, das sei „selbstverständlich“. Viele von ihnen vermochten aber nicht einen so jähen Stimmungswandel mitzumachen und entließen sich der Stichwahl abgelehnt. Besseres Verständnis bewiesen ihre Parteigenossen im Bromberger Wahlkreis; hier halfen sie dazu, daß der konservativere Kandidat und nicht der fortschrittliche zur Stichwahl mit einem Voten um) daher schließlich in den Reichstag kommt.

Auf Frage des Normalarbeitstages. Wie der „Allg. Ztg.“ gemeldet wird, arbeiten zur Zeit in Berlin nur 0,6 Pkt. aller Arbeiter länger als 11 Stunden täglich, obgleich bekanntlich in Preußen noch kein Normalarbeitstag eingeführt wurde. Das erdeint um so bemerkenswerther, als aus den Veröffentlichungen der schweizerischen Fabrikinspektoren hervorgeht, daß in der Schweiz, wo ein Normaltag von 11 Stunden täglich seit einer Reihe von Jahren Gesetz ist, derselbe noch heute, obwohl es damit jetzt etwas besser geworden, keineswegs thatsächlich durchgesetzt ist und Bewilligungen von Arbeitgebern an der Tagesordnung sind. Und doch beruft man sich bei uns immer auf den Vorgang der Schweiz! Beinahe die Hälfte aller Arbeiter in Berlin wird nur 10 Stunden, über 1/3 noch weniger beschäftigt, zwischen 10 und 11 Stunden arbeitet nur etwa 1/5 aller. Auch die Erfahrungen, die man in Oesterreich mit dem erst vor Kurzem angeordneten Normaltag gemacht hat, können nicht zu einer Nachfolge anzuregen. Jedenfalls ist der deutsche Gesetzgebung kein Vorschub zu machen, wenn sie sich in dieser noch so wenig ausgereiften Angelegenheit vorläufig noch abwarten verhält.

In der Geschichte der Socialdemokratie war der gestrige Sonntag ein Gedentag und ist als solcher auch von den Berliner Socialdemokraten durch Veranstaltung von Massen-Landpartien nach Grünau und dem Grunewald begangen worden. Am 28. August 1864 fiel Ferdinand Lassalle im Duell. Dieser Gedentag wurde von den Berliner Socialdemokraten in „festlicher Weise“ begangen. Es erhebt sich viele Hohn, wenn man liest: „Großer Familien-Ausflug mit Musik!“ Nicht weniger als 10 Inzerate von den verschiedenen Arbeiter-Bezirks-Vereinen fanden sich am Sonntage im Organ der Berliner Socialdemokratie, dem „Berliner Volksblatt“, die zur Theilnahme an diesen Partien einluden. Davon hatten 7 Arbeiter-Bezirks-Vereine nach Grünau und 3 nach dem Grunewald Partien veranstaltet, die Gendarmerie der umliegenden Districten hatte daher wieder mit der Ueberwachung dieser „Familien“ alle Hände voll zu thun. Wie wir erfahren konnten, ist es jedoch nirgends zu Ausschreitungen irgend welcher Art gekommen.

Der Parteitag der nationalliberalen Partei für die Rheinprovinz und Westphalen wird Somabend den 2. und Sonntag den 3. October in Köln stattfinden.

Dem Hause der Abgeordneten sind in der am 30. Juni d. J. geschlossenen Session von etwa 2000 Lehrern Petitionen um Feststellung eines Schuldotations-Gesetzes überreicht worden. Sie wurden alle, wie Pastor Lubrecht-Garmisch, Mitglied des Abgeordnetenhauses, den Lehrern in Hannover mittheilt, der Unterrichts-Kommission übergeben, von derselben gründlich behandelt und schließlich der Staatsregierung zur „Berücksichtigung“ überwiesen. Die Formel „zur Berücksichtigung“ enthält, wie Herr Lubrecht noch ausdrücklich erklärt, die Aufforderung, die Petitionen „ernstlich ins Auge zu fassen“, und „somit ist ein sicherer Schritt zur Erfüllung dieser

gewiß berechtigten Wünsche der Volksschullehrer getan“. Zweimal waren diese Petitionen auf die Tagesordnung des Hauses der Abgeordneten gesetzt und dem Herrn Lubrecht war das Wort zur Begründung gegeben worden; leider hinderten unglückliche Kombinationen die Ausföhrung. Das erstmal verbelebte man bei andern Gegenständen alle Zeit; das zweitemal, am 23. Juni wurde kurz vorher Beschlußfähigkeit konstatiert, so daß wiederum eine Begründung unmöglich war. „Wenn dies auch zu beklagen“, sagt Herr Lubrecht, „nicht aus Theilnahmlosigkeit des Hauses gegen die Petitionen, vielmehr aus unglücklichen Kombinationen zu erklären ist, so kann ich hier doch die feste Hoffnung aussprechen, daß in der nächstjährigen Session das Schuldotations-Gesetz ernstlich ins Auge gefaßt und wahrheitsgemäß fertiggestellt werden wird, und ich werde nicht veräumen, sobald als thunlich die Anregung dazu zu geben. Auch der Herr Minister steht dieser Petition sehr sympathisch gegenüber und hat u. a. erklärt, daß er ein solches Gesetz schon fertig habe, aber mit der Berücksichtigung desselben nur noch auf besondere Einnahequellen des Staatshaushalts warte, welche voraussichtlich sich bald ergeben würden. Mit Erlaß eines Schuldotations-Gesetzes wird sich dann auch die Petition um Gleichsetzung in den niederen Rüstergeschäften erledigen.“

Eine erste Mahnung enthalten Zahlenreihen, die wir im nationalliberalen „Hannoverschen Courier“ über die Wahlsiege der Socialdemokraten bei den Stichwahlen zusammengefaßt finden. 1871 wurden Socialdemokraten gewählt: in der ersten Abstimmung 2, in Stichwahlen 0, 1874: 8 und 1, 1877: 10 und 2, 1878: 2 und 7, 1881: 0 und 12, 1884: 9 und 15. Man wird annehmen können, daß, wenn in den Stichwahlen alle übrigen Parteien fest gegen die Socialdemokratie ständen, selten oder nie ein Kandidat der letztern zum Siege gelangen würde. Aehnlich ist es auch 1871, 1874 und 1877 gewesen. Nach der Auflösung von 1878 dagegen beginnt die Methode, daß die Ordnungsparteien die Socialdemokraten gegenüber auszuheilen. Am konstantesten geschieht dies 1881, wo die Socialisten in der ersten Abstimmung nicht nur gar kein Mandat erhielten, sondern auch nur 5 Wahlsitze zwischen 45 und 50 Prozent der Stimmen hatten. Trotzdem hatten sie schließlich 12 Reichstagsitze inne! 1884 gelangten sie freilich gleich im ersten Anlauf in 9 Wahlkreisen zum Siege; außerdem aber hatten sie nur in 4 über 45 Pkt. der Stimmen. Democh brachten ihnen die Stichwahlen einen Zuwachs von 15 Mandaten! Nicht also ihrer eigenen Kraft oder dem Sozialistengesetz, sondern der Uneinigkeit der „Ordnungsparteien“ verbandt die Socialdemokratie den größten Theil ihrer Parlamentssitze.

Frankreich. Eine zweite Nummer des „Doulouaigk“ ist erschienen. Sie ist im höchsten Grad beklagenswert und von beiderer Tronie, weshalb auch sofort 200 000 Exemplare verlaufen wurden.

Die Bildung einer gemäßigten conservativen republikanischen Partei spreitet immer mehr vorwärts; die Opportunisten liefern das stärkste Contingent. Derselbe hat ihre leidenschaftlichen Verehrer und großen Gegner, wie jede neue Sache, die Egoide machen soll; „politischer Wagnerismus“ bezeichnet es ein Doulouaigk-Blatt.

Sollte der Paps auf Abendung eines von Frankreich unabhängigen Vertreters nach Rom gehen, so gedenkt Freycinet, die diplomatischen Beziehungen zum päpstlichen Stuhl abzubrechen.

Ungland. Das in Petersburg zu Ehren Deroulde's stattgehabte Diner war ein Mißerfolg. In letzter Stunde erhielten einige hochgestellte Militärs, die wegzunehmen beabsichtigten, die Wohnung, fernzubleiben, und die Arrangements, wie es scheint, vorzugsweise Mitarbeiter des „Nowoje Wremja“, den Hint, die Politik fernhalten. Die Versammlung, bestand aus drei bis vierhundert, ausschließlich Journalisten, Künstlern und den Mitgliedern des Slavischen Vereins, welche Deroulde die Sympathien derselben ansprachen. Die Locale bewegten sich meist auf literarischem Gebiete. Nur Deroulde war unzufrieden, die Bemerkung zu machen, daß Frankreich zwar besetzt, aber nicht getrocknet sei, und daß es sich mit seiner Niederlage nie versöhnen werde. Abends fand in Pawlowsk eine kleine Gesellschaft statt, welcher die hervorragenden Schriftsteller fernblieben. Zu Ehren Deroulde's wurden in das Concertprogramm einige Werke französischer Componisten aufgenommen. Deroulde lehrt nach Frankreich zurück, wo nach einer ihm zugegangenen Meldung seine Candidatur für die Deputirtenkammer aufgestellt wurde. Einmal ist er bereits durchgefallen.

Großbritannien. Die Aufgabe und Pflicht der Presse. Die „Wiener Deutsche Zeitung“ schreibt: Ein englisches Fachblatt, die „Admiralty and Horse Guards Gazette“, veröffentlichte vor einiger Zeit eine Reihe von Artikeln, in denen behauptet wurde, daß das berühmte Haus Armstrong, dem alle Kanonenlieferungen für die englische Flotte übertragen sind, seit Langem nur schlechteste Stücke liefere und deren Anmähme durch Befehdung der betreffenden Beamten bewirke. Das Blatt verlangte eine amtliche Unterredung. Die Firma Armstrong strengte deshalb sofort einen Prozeß wegen Verleumdung gegen die „Gazette“ an. Da dieser Prozeß noch schwebt, so richtete sie kürzlich ein Gesuch an die höchste königliche Justizbehörde, dieselbe möge, so lange ein Urtheil im Prozeße noch nicht vorliegt, dem Fachblatt die Weiterveröffentlichung seiner Artikel-Lieferungen untersagen, die ungewisser Ansehen erregt. Dieses Gesuch hat nun der Vorberichter abschlägig beschieden und dabei die Stellung der Presse solch wichtigen Fragen gegenüber in vortrefflicher Weise gekennzeichnet. Lord Coleridge hat Folgendes ausgesprochen: „Wenn die Mächte, auf welche von der Admiralty und Horse Guards Gazette“ hingewiesen wurden, wirklich vorhanden sind, dann ist es von der größten Wichtigkeit, daß die Zeitungen sie enthalten, daß sie dieselben demüthigen, ohne ihre Ausdrücke abzumagen, ohne ihrer Entrüstung einen Dämpfer aufzulegen. Der Journalist, der die Feder ergriff, um solche Mißbräuche zu brandmarken, und dies thut, selbst auf die Gefahr hin, wegen Verleumdung ver-

klagt a  
stellig  
Zustimm  
das S  
gerichtet  
öffentlic  
F  
teits  
haben  
den le  
20 000  
haben,  
Good  
in Ma  
Wägig  
liche C  
Millio  
den b  
An S  
Millio  
9536  
handeln  
sonen  
worden  
sonen  
häufte  
als 8  
wegen  
Z  
zu lö  
diese  
tation  
stättig  
wort  
dortig  
als  
sucht  
A  
erfche  
des  
sticht  
sozial  
große  
Mar  
leben  
stehen  
trattig  
größte  
Allen  
frühe  
in  
Zeit  
das  
nicht  
in  
Pro  
weist  
in  
sticht  
stabil  
zwei  
weist  
dem  
Han  
zur  
liger  
über  
das  
Bezu  
sticht  
unter  
urt  
man  
von  
ersch  
Ma  
jetz  
erg  
wa  
ein  
Me  
die  
Me  
gen  
fr  
Z  
den  
ist  
ist  
So  
da  
ber  
de

(Unbegleiteter Nachdruck verboten.)

Ums 1000 Teilnehmer aus allen Theilen Deutschlands, zum Theil auch aus Oesterreich, Ungarn, Holland, Schweiz und Amerika hat bisher eingetroffen. Die erste Begrüßung fand heute Abend im festlich geschmückten Saal des St. Vincenz-Hauses...

Das moderne Japan.

Ein Korrespondent der „Voss. Zig.“ schreibt aus Yokohama: Jedes Jahr bringt neue wichtige Errungenschaften europäischer Civilisation in dem „Ankerland“ des fernem Orients...

Staat, Wissenschaft und Theater.

— Beim Wählern von Preußen hat bei keiner jüngeren Anwesenheit in Preußen unter anderen dem Wochenschriftsteller...

Die Gräber der jüdischen Könige in Jerusalem.

Die Gräber der jüdischen Könige in Jerusalem wurde unlängst von dem Sohne des Pariser Bankiers Isaac Pereire, der bis 1864 fälschlich erworben hat, der französischen Regierung zum Geschenk gemacht...

Bände umfassenden Bibliothek und ausgehenden Laboratorien.

Stalle, d. 30. August. (Der Abdruck unserer Notizen über die in der letzten Nummer des Berliner Blattes erschienene Die in der letzten Hofnachrichten enthaltene Mitteilung, daß der Kaiser bei neuernannten Kommandeur der 44. Infanteriebrigade Oberst Kraehe empfangen habe, ist nicht richtig...

Circus Herzog.

Der bereits seit einiger Zeit angekündigte Circus Herzog ist nunmehr am Sonnabend Morgen mittels Sonderzuges hier eingetroffen und gleich am Abend des Tages seine Eröffnungsvorstellung zu geben. Wenn wir uns dieses der schon länger Bekanntheit, dessen sich dieses Institut schon seit einer langen Reihe von Jahren erfreut, mit den größten Erwartungen...

Todesfälle.

— Am 26. d. Mts. starb auf dem Gute Kiedelitz, Kreis Müllner, der Graf Christian v. Schilling-Kerstinbrod 71 Jahre alt.

Staat, Wissenschaft und Theater.

— Beim Wählern von Preußen hat bei keiner jüngeren Anwesenheit in Preußen unter anderen dem Wochenschriftsteller...

Die Gräber der jüdischen Könige in Jerusalem.

Die Gräber der jüdischen Könige in Jerusalem wurde unlängst von dem Sohne des Pariser Bankiers Isaac Pereire, der bis 1864 fälschlich erworben hat, der französischen Regierung zum Geschenk gemacht...

klagt zu werden, leistet meines Erachtens der Gesellschaft einen großen Dienst.“ Dägen doch alle Aufstehenden so groß!

Belgien. Der belgische Finanzminister hat das seitens des Brügger Arbeiter-Vereins an ihn gerichtete Gesuch, der Arbeitswelt durch Ausübung öffentlicher Bauten zu feuern, abgelehnt beantwortet.

Dänemark. Die Bekräftigung der Wägheitsvereine scheinen in Dänemark guten Fortgang zu haben und ein wirksames Bedürfnis der Zeit zu sein. In den letzten 6 Jahren sollen sich 500 solcher Vereine mit 20,000 männlichen und weiblichen Mitgliedern gebildet haben, außer den ungefähr 10,000 Profanen, welche der Good Templar-Orden hier gewonnen hat. In einer jüngst in Aarhus in Jütland stattgehabten Versammlung von Wägheitsfreunden behauptete ein Redner, daß der jährliche Consum von Branntwein sich in Dänemark auf 40 Millionen Pot (ca. 38,84 Millionen Liter) beziffere. Außerdem betrage der jährliche Bierconsum 1/2 Millionen Tonnen. An Spirituosa würden im Ganzen jährlich für ca. 40 Millionen Kr. verzehrt. In den letzten 10 Jahren seien 9536 Personen wegen Delirium in den Hospitälern behandelt worden, während eine ähnliche Anzahl von Personen an den Folgen der Trunksucht privat behandelt worden sei. In dem nächtlichen Decennium seien 1132 Personen an Trunksucht gestorben, in 19,333 den Arbeitshäusern des Landes überwiesen worden. Nicht weniger als 86,817 Personen seien in der erwähnten Periode wegen Trunksucht verhaftet worden.

Wir sind augenblicklich nicht in der Lage, konstatiren zu können, inwiefern diese Angaben mit amtlichen statistischen Mittheilungen übereinstimmen, finden aber, daß wenn diese Angaben auch nur annähernd richtig sind, die Agitation der Wägheitsvereine im Lande eine überaus wohlthätige ist. Eine gleichartige Bewegung in Schweden hat dort die heilsamen Folgen gehabt, und namentlich die dortige strenge Beaufsichtigung der Wirthshäuser hat mehr als alles Andere dazu beigetragen, dem Kaiser der Trunksucht Einhalt zu g. bieten.

Von größerem Werthe als die vorerwähnten Angaben erscheinen uns die ungleich zuverlässigeren Mittheilungen, die in volkswirthschaftlichen Fragen hochangesehenen jütischen Arztes Th. Strömgen. Die Fürsprecher der sozialen Revolution sind fortwährend bemüht, von dem großen Opfern zu reden, welche der Arbeiterstand auf dem Altar der menschlichen Gesellschaft bringen muß. Von Ueberanstrengung, ungesunder Arbeit und Mangel an Subsistenzmitteln ist fast täglich die Rede in den sozialdemokratischen Organen, deren Hauptzweck bekanntlich die Vergrößerung der Unzufriedenheit in den eigentlichen Arbeiterkreise ist, ohne daß dieselben der Väterpflicht, und vor Allem der Trunksucht, Rechnung tragen, welche selbst die fruchtlose körperliche Constitution zerstört und in ein frühes Grab legen muß. Th. Strömgen hat in einem, in dem lezt erwähnten Heft unserer nationaloconomischen Zeitschrift veröffentlichten Artikel diese Schäden, trotzdem das Material für statistische Arbeiten in dieser Richtung nicht ganz vollständig ist, aufgedeckt. Daß die Trunksucht in größeren Städten mehr verbreitet ist als in den Provinzialstädten und auf dem Lande, ist bekannt. Strömgen weiß u. A. nach, daß die Sterblichkeit des Arbeiterstandes in Kopenhagen 50 bis 100 Proz. größer ist als die Sterblichkeit in den übrigen Classen der Gesellschaft der Hauptstadt, während die Sterblichkeit in den Provinzialstädten nur zwischen 25 und 50 Proz. mehr macht. Der Verfasser weiß natürlich nach, daß diese Sterblichkeit vorwiegend dem Mißbrauch des Alkohols zu verdanken ist und daß die gesellschaftliche Zustände hier keinesweges die Hauptrolle tragen. Will der Staat oder die Commune zur Verbesserung der Lage unserer Arbeiter etwas Wichtiges beitragen, darf man gleichfalls den Arbeitern gegenüber nicht die berechtigte Forderung außer Augen lassen, daß diese selbst in der nächtlichen Wirkung, nämlich mit Bezug auf die Aufbesserung ihrer gesellschaftlichen Lage, thätiger zu sein verpflichtet sind. Die Enthaltenskeit ist unter diesen Umständen zur doppelten Pflicht geworden.

Spanien. Ueber die bulgarische Revolution werden fast alle anderen Fragen vergessen. Der vom Minister des Auswärtigen inspirirte „Imparcial“ hält einen allgemeinen Krieg für unermüdlich und rüth bereits seinem Vaterlande, sich zu rüsten, um eine Neutralität gegen vorwärtige Uebergriffe der Kriegführenden besonders in der Sibirie f. ästig wahren zu können. Der vorläufige „Progreso“ geht noch weiter; er sieht bereits die französischen Heere gegen den Rhein marschiren und klagt schon jetzt die Regierung an, mit Deutschland gemeine Sache zu machen, indem sie ein Beobachtungsheer an der Grenze aufstellt, wodurch die französischen Streitkräfte zerplittert würden.

America. Einer der in Chicago zum Tode verurtheilten 7 Anarchisten, Georg Engel, stammt, wie man der „Voss. Zig.“ schreibt, aus Weßheim bei Raßel, von wo er noch in sehr jugendlichem Alter nach America auswanderte. Das Glück war ihm insofern günstig, als er später Inhaber eines blühenden kaufmännischen Geschäftes wurde. Wie er am vollstürmter 50 Jahre alter Mann unter die Anarchisten“ gerathen, darüber ist bis jetzt keine Kunde in seine Heimath gelangt.

Brasilien. Aus den diesseitigen Nachrichten ergibt sich die bemerkenswerthe Thatsache, daß die Einwanderung in Brasilien, namentlich die deutsche, in einer geringen, aber stetigen Zunahme begriffen. Im Monat Mai erreichte die Zahl der eingewanderten Deutschen beinahe die der Italiener; es wanderten in dem genannten Monat über 1000 Personen aus Deutschland ein, ungerneht die Direct hierher nach der Colonie Dona Francisca Befördernden. Ueber die Hälfte derselben hatte sich in Antwerpen eingeschifft. An und für sich mag diese Zahl klein erscheinen, aber sie gewinnt an Bedeutung durch den Umstand, daß in dem Zeitraum von 1881—1885 die jährliche Einwanderung Deutscher in Brasilien nicht viel über 2000 betrug, und daß in früheren Perioden manches Jahr nur eine Einwanderung von 1000 und wenig darüber aufzuweisen hat. Die jetzt beobachtete Vermehrung der deutschen Immigration ist erfolgt ohne alles Hüthen der brasil. Regierung.

